Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 44 **München, 31. Oktober 1930** **17. Jahrgang**

1930	Wochenkalender		5691
	Nov.	Marcheschwan	Bemerkungen
Sonntag	2	11	
Montag	3	12	P. R. תענית שני
Dienstag	4	13	
Mittwoch	5	14	
Donnerst.	6	15	
Freitag	7	16	
Samstag	8	17	וירא מברכין בה״ב הפטרה ואשה אחת (II. Kön. 4, 1—37)

Das Jüdische Echo

Nummer 44 31. Oktober 17. Jahrgang

Jüdischer Protest in aller Welt

Weizmanns Aufruf

In ernster Stunde!

Die Erklärung der Britischen Regierung über die zukünftige Palästina-Politik hat mich veranlaßt, der Mandats-Regierung mitzuteilen, daß ich von meinem Amt als Präsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency zurücktrete.

Wenn ich diesen Schritt getan habe, nachdem es mir über ein Jahrzehnt vergönnt war, die politischen Geschicke der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency zu leiten, so ist darin bereits meine Beurteilung der Regierungs-Erklärung zum Ausdruck gebracht: mein entschiedener Protest gegen eine einseitige und ungerechte Kritik unseres Werkes und meine Zurückweisung einer Politik, die mit dem feierlichen Versprechen der englischen Nation und dem Inhalt des Mandats im Widerspruch steht.

Es wird keine Zeit versäumt werden, um den berufenen Organen der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency Gelegenheit zu bieten, im Namen des jüdischen Volkes Antwort auf dieses Dokument zu geben, die sie in Ernst und Würde zu geben wissen werden.

In dieser Stunde, da ich von der Leitung der Bewegung zurücktrete, fühle ich mich gedrängt, ein Wort zu richten an das jüdische Volk, an die Ungezählten, die in unwandelbarer Treue zu Zion stehen:

Gewiß, eine Zeit ernster Prüfung steht uns bevor, eine Zeit des Kampfes mit neuen Widerständen und Schwierigkeiten. Aber sie treffen ein Volk, das widrige Geschicke kennt, das bereit und fähig ist, sie zu besiegen, nud das gelernt hat, sich auf sich selbst zu verlassen. Der Aufbau des Jüdischen Nationalheims — ist er denn etwas anderes als eine neue Phase jenes unvergleichlichen, Jahrtausende alten Kampfes, den das jüdische Volk ohne Zahl, für seine Zukunft, seine Unvergänglichkeit geführt hat? Und wenn wir auf unser Werk in Palästina blicken, ist es nicht unser Stolz, daß wir es waren, die aus eigener Kraft eine Landwirtschaft, aus eigenem Fleiß eine Industrie schufen und aus eigenem Geist eine Universität?

An diese schöpferische Kraft des Volkes, an sein Vertrauen zu sich selbst und zu seiner großen geschichtlichen Bestimmung appelliere ich in diesem Augenblick als einer, der aus tiefster Seele an sie glaubt. Ich wende mich zuerst an den Jischuw: Steht fest in erprobter Willensstärke und führet den Bau fort! Unbeirrt und zukunftssicher geht unser Werk weiter! Den Freunden Zions in allen Ländern aber rufe ich zu: Schließt Euch zusammen! Legt Zeugnis ab für Eure Treue zum jüdischnationalen Heim — in Wort und Tat, durch verstärkte Anstrengung, durch vervielfachte Leistung!

Laßt uns der Welt zeigen, was uns Erez-Israel bedeutet und daß wir unerschütterlich zu ihm stehen in Liebe und Hingebung.

London, 21. Oktober 1930. Chaim Weizmann

Ein Appell Weizmanns an die Mitarbeiter des Keren Kajemeth

London, 24. Oktober. (JTA.) In einem Aufruf an die Mitarbeiter des Jüdischen Nationalfonds führt Dr. Chaim Weizmann u. a. aus:

Ich bin überzeugt, daß die Logik der Tatsachen für uns sprechen wird, wenn wir vorbereitet sein werden, alle sich bietenden Gelegenheiten, Boden in Palästina zu erwerben, auszunützen. Ich fordere euch auf, der Welt zu zeigen, daß das jüdische Volk bei dem Aufbau seines Nationalheims von dem gleichen Mute beseelt ist, wie andere Völker, wo es gilt, Hindernisse auf ihrem Wege zu überwinden. Damit, daß ihr den Jüdischen Naitonalfonds stärkt, werdet ihr eure Überzeugung von der Gerechtigkeit unserer Sache dartun, denn unsere Sache ist gerecht und wird darum siegen.

Die Regierungserklärung ist ein unglückliches Dokument. Weniger wegen ihres Wortlauts im einzelnen als wegen ihres Gesamteindrucks. Ihr Geist im ganzen widerspricht den Traditionen Englands, und daher glaube ich, daß sie früher oder später im Sinne dieser Tradition revidiert werden wird.

Die beiden wesentlichen Voraussetzungen für das Jüdische Nationalheim sind Boden und Einwanderung. Der Landkauf wird auch durch die Regierungserklärung nicht vollkommen unmöglich gemacht. Bodentransaktionen werden auch wei-

terhin zugelassen werden, wenn sie die Billigung der von Simpson empfohlenen Landentwicklungskommission finden.

Sie John Hope Simpson gibt die Bodenreserve des Jüdischen Nationalfonds mit 155 500 Dunam an. Ein großer Teil dieses Bodens ist noch nicht voll bezahlt, auf einzelne Ländereien besitzen wir erst eine Option. Die Bezahlung dieser Ländereien und deren Amelioration erfordern große Geldsummen. Die Regierungserklärung gibt weder offen noch verhüllt eine Absicht zu erkennen, diese Transaktionen zu verhindern, welche, was immer geschehen mag, der nächste Schritt in unserer künftigen Arbeit sein werden.

Eine gemeinsame Proklamation des Waad Leumi und der Palästina-Exekutive der Jewish Agency

Jerusalem: 23. Oktober. (JTA.) Der Waad Leumi und die Exekutive der Jewish Agency in Palästina haben gemeinsam die nachstehende Proklamation erlassen:

Die Deklaration der Mandatsregierung ist eine Verletzung des historischen Gelübdes, welches das englische Volk gegenüber den Juden abgelegt hat. Das Statement entbehrt eines konstruktiven Charakters und verleugnet das feierliche Versprechen, das nicht nur dem palästinensischen Jischuw, sondern dem gesamten jüdischen Volk gegeben wurde.

Ein Nationalheim ohne Einwanderung und Boden ist ein grausamer Scherz und eine politische Heuchelei. Der Jischuw verwirft die Regierungserklärung und hegt die Hoffnung, daß es nicht der Wille des englischen Volkes ist, den die Regierung in diesem Falle zum Ausdruck gebracht hat.

Das Recht des jüdischen Volkes zum Aufbau des jüdischen Nationalheims ist vom Völkerbund und den Vereinigten Staaten von Amerika anerkannt und von allen englischen Regierungen seit der Balfour-Deklaration bekräftigt worden. Die konstruktiven Leistungen der Juden rechtfertigen diesen Anspruch, der stärker ist als irgendeine Macht, die von irgendeiner Regierung mißbraucht wird.

Der Jischuw wird an keiner parlamentarischen Institution teilnehmen, die darauf abzielt, die Errichtung des jüdischen Nationalheims zu hemmen. Wohlfart und Entwicklung der arabischen Bevölkerung hängen von der jüdischen Einwanderung und Kolonisation in höherem Maße ab als von allen Maßnahmen der englischen Palästinaverwaltung. Wir erblicken in der Zusammenarbeit mit unseren arabischen Nachbarn die hoffnungsvollste Gewähr für dauernde Wohlfahrt und Frieden im Lande. Wir appellieren an das englische Volk und die ganze zivilisierte Welt, unsere Rechte zu verteidigen, und fordern das jüdische Volk in allen Ländern auf, standhaft zu bleiben.

Eine Erklärung der Zionisten Englands

London, 24. Oktober. (JTA.) Der Executive Council der English Zionist Federation hat am 21. Oktober nach einem Bericht Dr. Weizmanns über das neue Weißbuch folgende Resolution gefaßt:

Der Executive Council der English Zionist Federation stellt mit Bestürzung und tiefem Bedauern fest, daß die Mandatarmacht nunmehr endgültig Stellung genommen hat gegen die weitere Entwicklung des jüdischen Volkes in seinem Nationalheim, dessen Errichtung die zivilisierte Welt durch den Völkerbund gebilligt und der Regierung dieses Landes anvertraut hat.

Der Council, der die Zionisten Großbritanniens und Irlands repräsentiert, bedauert es vom englischen wie vom jüdischen Standpunkt, daß die Regierung dieses Landes nicht nur bei der Erfüllung des dem jüdischen Volk in den historischen Tagen der Balfour-Deklaration gegebenen feierlichen Versprechens versagt hat, sondern daß sie es nunmehr auch für richtig befunden hat, vor der ganzen Welt zu erklären, daß sie nicht gewillt ist, dieses ihr Versprechen zu verwirklichen. Im besonderen protestiert der Council gegen den Versuch, einen Gegensatz zwischen den Interessen der Juden und denen der arabischen Bevölkerung zu konstruieren. Angesichts der Tatsache, daß Dr. Weizmanns Politik enger und loyaler Cooperation mit den britischen Behörden in London und Jerusalem zu Resultaten geführt hat, die für die künftige Entwicklung des Nationalheims so verhängnisvoll sind, billigt sie uneingeschränkt den Protest Dr. Weizmanns gegen die Handlungsweise der Mandatarmacht, einen Protest, der in seiner Demission als Präsident der zionistischen Organisation und der Jewish Agency zum Ausdruck kommt. Der Council fordert die Exekutive der Jewish Agency auf, Maßnahmen zu treffen, durch die die Interessen des Jüdischen Nationalheims in vollem Umfange gewahrt werden, und verlangt die baldmöglichste Einberufung eines außerordentlichen Kongresses der zionistischen Organisation und einer außerordentlichen Tagung der Jewish Agency, damit die gewählten Vertreter des jüdischen Volkes Gelegenheit haben, zu der gegebenen bedrohlichen Situation und ihren voraussichtlichen Auswirkungen auf das jüdische Schicksal in der Zukunft pflichtgemäß Stellung zu nehmen.

Die Arbeit wird fortgeführt!

Eine Erklärung Warburgs auf einer Neuyorker Konferenz von Führern der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency

Neuyork, 23. Oktober. (JTA.) Unmittelbar nach Bekanntwerden des Inhalts der Regierungserklärung über Palästina versammelten sich am 21. Oktober die zionistischen und nichtzionistischen Führer der Jewish Agency zu einer Beratung, die einen vollen Tag in Anspruch nahm. Den Vorsitz führten abwechselnd Robert Szold und Cyrus Adler. Gegen Mittag erschien Felix Warburg und gab seinen Entschluß bekannt, von der Leitung des Administrative Committee zurückzutreten. Gleichzeitig erklärte Warburg, sich auch weiterhin an der Arbeit, die fortgeführt werden müsse, beteiligen zu wollen.

Ungeachtet seines schwer leidenden Zustandes nahm Rabbi Stephen Wise an der Konferenz teil. Er gab der Vermutung Ausdruck, daß der Simpson-Bericht vom Kolonialamt bearbeitet und ungünstig verändert worden sei. Die britische Regierungserklärung bezeichnete Dr. Wise als zynisch und finster. Ein ehrlicher offener Bruch, sagte er, wäre schlimm genug gewesen, aber dieser Bruch hat nicht einmal den Vorzug der Aufrichtigkeit. Die englische Regierungserklärung sei Blut auf Englands Wappenschild.

In heftigen Worten verurteilten auch James Marshall, ein Sohn des verstorbenen Louis Marshall, Robert Szold und andere führende jüdische Persönlichkeiten die britische Regierungserklärung.

Auf dem Protestmeeting, das anstelle des abgesagten Empfanges für Harry Snell stattfand, riet Rev. Dr. John Haynes Holmes, Prediger an der Commumity Church in Neuyork, der als Vertreter von Nathan Straus das Straus-Gesundheitszentrum in Palästina eröffnet hat, den Juden, gemeinsam

mit den Arabern den britischen Imperialismus zu bekämpfen.

Warburg begründet seine Demission

Neuyork 24. Oktober. (J.T.A.) Anläßlich seines Rücktritts als Obmann des Administrative-Committee der Jewish Agency übergab Felix M. Warburg der Jüdischen Telegraphen-Agentur nachstehende Erklärung zur Veröffentlichung:

Durch das Palästina-Mandat wurde England zum Treuhänder eingesetzt für die Errichtung des Jüdischen Nationalheims, die von England selbst, wie aus der während des Krieges erlassenen Balfour-Deklaration hervorgeht, angestrebt wurde. Lord Paßfields Erklärung bedeutet einen grausamen und unfairen Verrat an der England übertragenen Aufgabe. Wir Amerikaner haben England bei der Erfüllung dieser Aufgabe stets nach Kräften unterstützt. Das Palästina-Mandat sieht eine Jewish-Agency als öffentliche Körperschaft für Beratung und Mitarbeit mit der Palästinaregierung in jenen wirtschaftlichen sozialen und sonstigen Fragen vor, die auf die Errichtung des Jüdischen Nationalheims Bezug haben. Die Mandatskommission des Völkerbundes hat die Mandatarmacht ausdrücklich davor gewarnt, „die Entwicklung des Jüdischen Nationalheims in ihrem jetzigen Stadium erstarren zu lassen“. Das Palästina-Mandat hat an die Zionistische Organisation die Forderung gestellt, sich die Mitarbeit aller jener Juden, die zum Aufbau des Jüdischen Nationalheims beitragen wollen, zu sichern. Nach eifrigen Bemühungen und dank der Führerschaft des verstorbenen Louis Marshall sind Nichtzionisten aller Länder in die im Vorjahr geschaffene erweiterte Jewish Agency eingetreten. Auf Grund unseres Vertrauens zur englischen Regierung haben wir Millionen von Pfund ins Land gebracht und ein gewaltiges Maß von Arbeit für Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse, Aufbau jüdischer Kolonien, Förderung von Landwirtschaft, Industrie und des Erziehungswesens, das von der Hebräischen Universität gekrönt wird, geleistet.

Ausrottung der Malaria, Verbesserung der Lebensverhältnisse, Straßenbau, wissenschaftlich betriebene Landwirtschaft, Entwässerung und Aufforstung, industrielle Entwicklung durch Werkstätten und kleine Fabriken, Ausbau der Elektrizitätskräfte und Verwertung der Naturschätze des Toten Meeres — alle diese Errungenschaften sind zur Gänze den durch jüdischen Enthusiasmus aufgebrachten Summen oder den vorwiegend von den Juden Palästinas entrichteten Steuern zu verdanken. Der Fortschritt im Lande ist in hohem Maße der arabischen Bevölkerung zugute gekommen und wir freuen uns darüber, denn es ist uns klar, daß ein Land nicht gedeihen kann, wenn es in ihm nur einem Teil der Bevölkerung wohlergeht. Tatsächlich hat sich der Lebensstandard der Araber seit dem Beginn des jüdischen Aufbauwerks wesentlich gehoben.

Zu den gesamten Kosten der Kolonisation, Bodenverbesserung, Aufforstung und Bewässerung hat der englische Steuerzahler keinen Penny beitragen müssen. England hat das Land bloß als Mandatsterritorium verwaltet. Den bisherigen High Commissioners kann Begünstigung der Juden nicht zum Vorwurf gemacht werden. Sie haben alle verfügbaren Staatsländereien den Arabern gegeben, den Juden aber nicht einen einzigen Dunam. Sogar die Fürsorge für die unschuldigen Opfer der Unruhen im August 1929 wurde fast ausschließlich der jüdischen Wohltätigkeit überlassen. Die Regierung hat für dieses Hilfswerk einen jämmerlich geringfügigen Beitrag geleistet.

Der englische Ministerpräsident hat von der Tribüne des Völkerbundes aus vor aller Welt erklärt, England würde sich durch Mord und Gewalttat nicht von der Erfüllung seiner Verpflichtungen in Palästina abschrecken lassen. Zur Untersuchung der Ursachen der Unruhen wurde die Shaw-Kommission nach Palästina entsandt. Diese Kommission hat einen Bericht erstattet, der vom englischen Ministerpräsidenten im Verlauf einer mit mir geführten Unterredung und von der Mandatskommission des Völkerbundes einer scharfen Kritik unterzogen worden ist, da er Vorschläge enthält, die eine Überschreitung der Befugnisse der Kommission bedeuten und auf Grund unzureichender Untersuchungen unter Vernachlässigung der im englischen und amerikanischen Gerichtsverfahren üblichen Methoden zur Klarstellung des richtigen Sachverhalts erstattet worden sind.

Eine neuerliche Untersuchung des palästinensischen Boden- und Wirtschaftsproblems durch den ehemaligen indischen Verwaltungsbeamten Sir John Hope Simpson sollte das Gefühl der Enttäuschung über den Shaw-Bericht mildern. Obwohl wir uns dessen bewußt waren, daß die Betrauung eines Einzelnen mit einer verantwortlichen Untersuchung, von der die künftige Entwicklung des Jüdischen Nationalheims abhängig gemacht werden sollte, eine Gefahr bedeutete, haben wir von der Entsendung Sir John Hoppe Simpsons, den der Ministerpräsident mir gegenüber als einen für diese Aufgabe besonders geeigneten Mann hingestellt hatte, das Beste erwartet. Es fehlte auch nicht an Protesten und Kundgebungen der Ungeduld und Enttäuschung angesichts der Untätigkeit und des Zögerns des Kolonialamtes. Doch wurde uns auch während dieser Zeit wiederholt versichert, daß die Regierung das Mandat vollinhaltlich auszuführen beabsichtige.

Infolge der Suspendierung bereits erteilter Einwanderungsbewilligungen erhielt unser Vertrauen zur Regierung neuerlich einen Stoß, wurde aber durch abermalige Versicherungen der englischen Regierung wiederhergestellt, die mir in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Administrative Committee der Jewish Agency gegeben wurden. Laut Mandatsbestimmung, und wie die englische Regierung auch im Wege ihrer amerikanischen Vertretung bestätigt hat, ist die Jewish Agency die verantwortliche und bevollmächtigte Repräsentanz des Judentums bei Unterhandlungen mit der Mandatarmacht und hat die Aufgabe, gemeinsam mit der Palästinaregierung an der Entwicklung des Landes mitzuarbeiten. Dessenungeachtet wurde sie stets geflissentlich übergangen und vor vollendete Tatsachen gestellt. Es wurde ihr sogar die Einsichtnahme in den Simpson-Bericht und die Regierungserklärung, in der eine völlige Änderung der bisherigen Palästinapolitik angekündigt wird, vor erfolgter Veröffentlichung verweigert.

Der Inhalt der Regierungserklärung steht in krassem Widerspruch zu den Versicherungen, die Lord Paßfield mir am 22. August in einer zweistündigen Unterredung gegeben hat, zu der ich auf seine persönliche Einladung nach London gekommen war. Er ermächtigte mich damals in seinem Namen vor dem Administrative Committee der Jewish Agency, das einige Tage später in Berlin tagte, gewisse Erklärungen abzugeben. Zu meinem Bedauern sehe ich mich auf Grund der von Lord Paßfield jetzt veröffentlichten Dokumente genötigt, zu

sagen, daß ich irregeführt wurde und unschuldigerweise selbst zum Werkzeug der Irreführung meiner Kollegen in der Jewish Agency geworden bin. Ich sagte meinen Kollegen, die Regierung würde Obligationen für die Zwecke der landwirtschaftlichen Entwicklung ausgeben. Jetzt erfahre ich, daß ein vorwiegend die Interessen der arabischen Bevölkerung berücksichtigendes Agrarprogramm durch Steuern finanziert werden soll, die naturgemäß zum größten Teil von den Juden Palästinas aufzubringen sein werden. Die jüdische Einwanderung soll weitestgehend eingeschränkt und der Landkauf so erschwert werden, daß Transaktionen selbst bei Bezahlung hoher Bodenpreise fast unmöglich erscheinen.

Gerade diejenigen von uns, welche hinsichtlich des Aufbaus Palästinas einen gemäßigten Standpunkt eingenommen haben, empfinden heute bitterste Enttäuschung. Ich habe alle Welt aufgefordert, Vertrauen zur englischen Regierung zu haben. Ich habe mitgeholfen, die Jewish Agency zu schaffen. Ich habe in der Erwartung, daß andere meinem Beispiel folgen werden, über eine Million Dollar in Palästina investiert. Wir haben unser Bestes getan. Heute ist Dr. Weizmann der Jahre hindurch einen selbstlosen englischen Partiotismus an den Tag gelegt hat, körperlich und seelisch gebrochen und hat demissioniert.

Zu meinem tiefen Bedauern muß ich den Vorsitz im Administrative Committee der Jewish Agency niederlegen. Ich habe den Erklärungen, die Lord Paßfield im Namen der englischen Regierung mir gegenüber gemacht hat, vertraut — das jüdische Volk ist dadurch irregeführt worden. Die Aufrechterhaltung jener Beziehungen zur englischen Regierung, die die Stellung eines Vorsitzenden des Administrative Committees bedingt, ist mir weiterhin unmöglich. Ich schlage die Einsetzung eines interimistischen Komittees zur Fortführung der Geschäfte der Jewish Agency vor.

Unverändert bleibt meine Ergebenheit für die jüdische Sache und für Palästina. Ich werde weiterhin meine besten Kräfte dem Werke widmen, das unsere tiefsten Interessen berührt. In einem Zeitpunkt voll Hoffnung und Enthusiasmus haben sich Zionisten und Nichtzionisten gefunden, um Palästina aufzubauen. Sie werden noch inniger verbunden bleiben angesichts dieser traurigen Enttäuschung. Wir vertrauen darauf, daß der Sinn des englischen Volkes für Recht und Billigkeit und die verständnisvolle Einsicht der öffentlichen Meinung in allen Ländern es uns ermöglichen wird, die gegenwärtigen Hindernisse zu überwinden.

Der deutsche Teil der Jewish Agency will mit verstärkter Energie für das Palästinawerk arbeiten

Frankfurt a. M., 27. Oktober. (JTA.) Die in Frankfurt a. M. abgehaltene, glänzend besuchte Bezirkskonferenz der Jewish Agency für Deutschland, die unter dem Vorsitz von Justizrat Dr. Blau stattfand, hat nach Referaten von Direktor Oscar Wassermann und Dr. Friedemann einstimmig den Beschluß angenommen, ungeachtet der schweren Enttäuschung, die die jüngste Erklärung der englischen Regierung über ihre zukünftige Politik in Palästina den Palästinafreunden bereitet hat, das Palästinawerk mit vesrtärkter Energie fortzusetzen.

Die Konferenz setzte einen Jewish-Agency-Arbeitsausschuß für Süd- und Westdeutschland ein, dessen Vorsitz Justizrat Dr. Blau, Präsident der Jüdischen Gemeinde Frankfurt a. M. und Mitglied des Conseil der JCA, innehat. Dieser Arbeitsausschuß erließ einen Appell an alle Freunde Palästinas, die Werbearbeit zu erhöhen und die Opferwilligkeit zu steigern.

Die Konferenz sandte ein Telegramm an den Waad Leumi in Jerusalem, dem exekutiven Organ der Knesseth Jisrael, in welchem der Treue und der Opferwilligkeit gegenüber dem Judentum und der jüdischen Arbeit in Palästina Ausdruck gegeben wird.

Die Rede Oscar Wassermanns

Direktor Oscar Wassermann, dessen Referat über die gegenwärtige Lage der Palästina-Bewegung einen tiefen Eindruck auf die zahlreichen Anwesenden gemacht hat, übte scharfe Kritik an dem neuen Palästina-Weißbuch der englischen Regierung und beklagte es insbesondere, daß diese Regierungserklärung erlassen wurde, ohne daß vorher ein Versuch gemacht worden war, eine Rücksprache zwischen Vertretern der Juden und der Araber, wie dies Dr. Weizmann vorgeschlagen hatte, herbeizuführen. Sir John Hope Simpson, der Palästinabevollmächtigte der englischen Regierung, besitze wohl bedeutende Qualitäten, aber sein Bericht zeige, daß ihm die Sonderprobleme Palästinas fremd geblieben sind. Als England seinerzeit die Pflicht, das Mandat in Palästina durchzuführen, übernommen hatte, war es sich der Schwierigkeiten der Durchführung der Mandatsziele im wesentlichen bewußt; die jetzige englische Regierung habe also kein Recht, sich unter Hinweis auf die bestehenden Schwierigkeiten ihrer Pflicht zu entziehen. Die Erklärung der englischen Regierung widerspreche auch den Beschlüssen der Mandatskommission. Oscar Wassermann schloß sein Referat mit dem Gelöbnis, daß die Juden weiter an dem Palästinawerk arbeiten werden, und er sprach die bestimmte Erwartung aus, daß die heutige schwierige politische Konjunktur in nicht allzu langer Zeit überwunden werden wird.

Jewish-Agency-Kundgebung in Stuttgart. — Verstärkung des Arbeitswillens in Deutschland

Berlin, 23. Oktober. (JTA.) In einer ausgezeichnet besuchten Veranstaltung der Jewish Agency am 18. Oktober in Stuttgart sprachen Dr. Eduard Strauß (Frankfurt a. M.) und Dr. Adolf Friedemann (Amsterdam) über „Das deutsche Judentum und der Palästina-Aufbau“. Ihre Referate fanden stürmischen Beifall und bildeten den Auftakt für eine Werbeaktion zugunsten des Keren Hajessod, die zur Zeit noch durchgeführt wird. Über den Fortgang der Arbeit erhielt das Zentralbüro des deutschen Keren Hajessod von dem Jewish-Agency-Komitee in Stuttgart einen Bericht, in welchem der folgende Passus für die psychologische Rückwirkung der neuen Situation auf die praktische Werbetätigkeit außerordentlich charakteristisch ist:

„. . . .Bei unserer Werbetätigkeit ist besonders bemerkenswert, daß auf sie die englische Regierungserklärung über Palästina nicht nur nicht lähmend, sondern sogar anfeuernd und fördernd einwirkte. . . . Es war sehr interessant, von verschiedenen Seiten zu hören, daß man sich durch die Regierungserklärung in keiner Weise in den Erwartungen mit Bezug auf den Palästina-Aufbau beirren läßt. Diese Tatsache ist psychologisch sehr wichtig und wird Sie sicher interessieren.“

Was nun?

Zur britischen Regierungserklärung

Die Empörung und Erregung, welche durch die britische Regierungserklärung zur Palästinapolitik nicht nur bei Zionisten und Palästinafreunden,

sondern auch im gesamten Judentum und darüber hinaus bei allen gerecht denkenden Menschen hervorgerufen wurden, entheben nicht der unabweislichen Pflicht, die neue Situation mit größter Besonnenheit zu untersuchen. Man darf sich bei dieser Sachlage keinen Illusionen hingeben. Die Erklärung der englischen Regierung bedeutet die Wiederaufnahme einer politischen Linie, wie sie schon im Jahre 1922 von Churchill eingeleitet wurde: England, in seiner Stellung in Indien und Ägypten bedroht, versucht, einen großen arabischen Block zu schaffen, um, sich auf ihn stützend, die verminderten Einflüsse im gesamten Orient verstärken zu können. Ob diese Rechnung richtig ist, bleibt dahingestellt. Dazu kommt das Verhalten der englischen Bureaukratie und der Dogmatiker im Colonial Office. Die Bureaukratie ist empört über die Anklagen, die gegen sie durch den Mund der zionistischen Anwälte vor der Shaw-Kommission erhoben wurden, sie ist bis ins tiefste verletzt gewesen durch die Feststellungen der Permanenten Mandatskommission des Völkerbundes. Als Henderson in Genf mit süß-saurer Miene den Bericht des finnischen Außenministers Procopé, der sich in der Kritik der Verwaltungsmethoden in Palästina kein Blatt vor den Mund gelegt hatte, akzeptieren mußte, waren in den Zeitungen in der Schweiz Kommentare zu lesen, in denen es hieß, daß Henderson das gutmachen mußte, was hochnasige und beschränkte Beamte des Colonial Office und der britischen Verwaltung in Palästina verbrochen haben. Derartige Tadelsworte, zum ersten Male seit Jahrhunderten vor einem Weltforum an die Adresse englischer Beamten gesprochen, sind in London nicht vergessen worden. Die Labourregierung ist im Amt aber nicht an der Macht. Was das bedeutet, kennen wir in Deutschland nur zu gut. Eine schwache Regierung, die sich auf keine geschlossene Mehrheit in den Parlamenten zu stützen vermag, ist Spielball ihrer Geheimräte. Ton und Inhalt der britischen Regierungserklärung sind ein Sieg des englischen Geheimrats, der es einmal seinen Kritikern gezeigt hat. Hierzu kommt, und das darf man nicht vergessen, als konstanter Faktor bei allen Angelegenheiten, die sich auf Juden beziehen, die Abneigung des Durchschnitts-Nichtjuden gegen Judentum, jüdische Art, jüdische Wünsche und jüdische Pläne. Diese Einstellung herrscht in Deutschland, sie herrscht in Amerika, sie herrscht auch in England.

Zum Glück sind weder eine Regierung, noch der Wille und die Rachsucht einer Bürokratie auf die Dauer maßgebend. Das wahre Interesse Englands — und das ist nicht nur unsere Meinung, sondern die erleuchteter Geister wie Lord Robert Cecils, um nur einen großen Engländer zu nennen — liegt in einer engen Zusammenarbeit mit der öffentlichen Meinung der Welt, die im Falle des jüdischen Palästinawerkes auf Seiten der Juden steht. Warum das ist, soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Es genüge der Hinweis, daß es in der ganzen Welt eine Judenfrage gibt und daß es in den Ländern, in denen das jüdische Problem für das gesamte Staatsleben brennend ist, keine Araber gibt. Dazu kommt, daß sich die britische Regierung im vorliegenden Falle allzu flagrant ins Unrecht gesetzt hat, als daß man außerhalb des britischen Regierungslagers imstande sein könnte, die Vorgangsweise der englischen Regierung irgendwie zu billigen. In dem Streite, den wir jetzt mit aller Entschiedenheit vor dem Weltforum gegenüber England durchfechten müssen, befinden wir uns in der Position des Anklägers. Wohl fällt uns die Aufgabe zu, als Ankläger die Beweise zu führen, daß der Angeklagte gefehlt hat, aber wir sind in unserer Aktionsmöglichkeit freier und beweglicher als die auf der Anklagebank der öffentlichen Meinung sitzende englische Regierung.

Ein Trost in diesem Unglück ist, daß wie noch niemals im gegenwärtigen Augenblick die Einheit und Geschlossenheit der jüdischen Weltmeinung zutage getreten sind. Wir sind, als Volk genommen, voller Widersprüche: äußerer Machtmittel beraubt und doch nicht machtlos; zerstreut und gespalten in Fällen positiver Aktionen: aber einig und unbesiegbar bei der Abwehr gegen drohendes oder erlittenes Unrecht. Die britische Regierungserklärung ist nicht das Brüllen des englischen Löwen gewesen, sondern das Krächzen der englischen Bürokratie. Nicht zuletzt wird der Appell gegen Unbesonnenheit der Bureaukratie bei der großen englischen Nation Eindruck üben.

Moses Waldmann.

Scharfe Erklärung Lloyd Georges gegen die neue Palästina-Politik

London, 24. Oktober. (JTA.) Lloyd George hat heute nachmittag die folgende Erklärung der Öffentlichkeit übergeben:

Die ohne vorherige Befragung der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, Belgiens, Italiens und unserer eigenen Dominions abgegebene Erklärung der englischen Regierung über ihre künftige Palästinapolitik bedeutet den Widerruf eines großen Teils jenes feierlichen Versprechens, ein jüdisches Nationalheim in Palästina errichten zu helfen, das in einem feierlichen Augenblick gegeben wurde. Dieser Widerruf wird zur Folge haben, daß auf der ganzen Welt von einem „perfiden Albion“ gesprochen wird. Ich will ernstlich hoffen, daß die Regierung ihre Stellungnahme einer Revision unterziehen wird, da ich kaum glauben kann, daß bei der Abfassung der letzten Regierungserklärung allen Umständen voll Rechnung getragen worden ist. Ich setze mich restlos für eine gleichartige Behandlung der beiden Palästina bewohnenden Volksstämme ein, bin aber der Meinung, daß die von den Alliierten in bezug auf Palästina eingeschlagene Politik keine Ungerechtigkeit gegen die Araber bedeutet.

General Smuts fordert von MacDonald die Abgabe einer neuen Erklärung

London, 24. Oktober. (JTA.) General Smuts, der frühere südafrikanische Premier, der dem Kriegskabinett Lloyd Georges angehörte, welches 1917 die Balfour-Deklaration betreffend die Errichtung eines jüdischen Nationalheims in Palästina verkündet hat, hat aus Kapstadt an den englischen Ministerpräsidenten Ramsay MacDonald das folgende Telegramm gerichtet:

Als einer derjenigen, die für die Balfour-Deklaration verantwortlich sind, bin ich tief beunruhigt über die von der gegenwärtigen englischen Regierung eingeschlagene neue Palästinapolitik, welche einen Rückzug von jener wiederholt durch Regierungserklärungen bekräftigten Palästinapolitik bedeutet, die der jüdischen Welt in dezidierter Form tatkräftige Unterstützung Englands beim Aufbau des Jüdischen Nationalheims versprochen hat. Ich fordere von der englischen Regierung nachdrücklichst die Abgabe einer Erklärung, daß sie die durch die Balfour-Deklaration übernommene Verpflichtung treulich

erfüllen und ihre Palästinapolitik dieser Verpflichtung entsprechend umgestalten wird.

Justin Godart protestiert

Paris, 24. Oktober. (JTA.) Senator Justin Godart, ehemaliger Minister und Präsident des französischen Pro-Palästina-Komitees, übergibt der JTA eine Erklärung, die im Wesentlichen lautet:

England rächt sich für den Tadel, der ihm anläßlich der durch seinen Mangel an Voraussicht entstandenen blutigen Unruhen im August 1929 seitens des Völkerbundes ausgesprochen worden ist. Es verleugnet die Balfour-Deklaration, die eines der glänzendsten Kapitel seiner Geschichte darstellt. Es versucht, sich den Verpflichtungen zu entziehen, die sich aus dem ihm übertragenen Mandat ergeben. Die Signatarmächte von San Remo werden diese flagrante Verletzung des Mandats vor den Haager Gerichtshof bringen. Das Werk der Juden in Palästina hat so viel Zukunft, daß ein rein politischer Anschlag, wie der der englischen Arbeiterregierung seine Grundlagen nicht erschüttern wird. Ich fasse zusammen: Nicht der Zionismus, sondern das Mandat Englands ist in Frage gestellt.

Vor jüdischen Gemeindewahlen in Berlin

Am 30. November sollen in Berlin Wahlen zur jüdischen Gemeinde stattfinden. Zwischen den Parteien schwebten Verhandlungen über eine evtl. Hinausschiebung der Wahl oder Vermeidung eines Wahlkampfs durch ein Kompromiß, die jedoch bisher nicht zu einer Einigung führten. Worauf das Scheitern der Verhandlungen zurückzuführen ist, ergibt sich aus verschiedenen Erklärungen der Parteien, die wir ihres prinzipiellen Interesses auch für außerberliner Verhältnisse veröffentlichen.

(JTA.) Der Vorstand des Liberalen Vereins für die Angelegenheiten der Berliner Jüdischen Gemeinde übergab der JTA folgende Zuschrift:

In den letzten Wochen sind, wie der Öffentlichlichkeit nicht unbekannt ist, eingehende Beratungen darüber gepflogen worden, wie sich in der jetzigen Zeit schwerster wirtschaftlicher Not und politisch unklarer Verhältnisse ein Wahlkampf für die Berliner jüdische Repräsentantenversammlung und den Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden vermeiden lasse. Bei diesen Verhandlungen hat die Jüdische Volkspartei es abgelehnt, irgendwelche sachlichen Zusicherungen für die Gemeindepolitik der nächsten Zeit zu machen. Solche Zusicherungen wären nach unserer Auffassung notwendig gewesen in dreifacher Hinsicht:

Einmal hätte, falls die jetzigen Majoritätsverhältnisse beibehalten werden sollten, klargestellt werden müssen, daß in nächster Zeit zumindest ein weiterer Ausbau des jüdischen Profanschulwesens auf Kosten der Steuerzahler der jüdischen Gemeinde unterbleiben würde. Statt dessen wurde bei den Verhandlungen seitens der Jüdischen Volkspartei die Forderung erhoben, jetzt auch noch höhere Schulen von der Berliner Jüdischen Gemeinde zu begründen. Es hätte ferner klargestellt werden müssen, daß unabhängig von der Stellung des Einzelnen zur Palästinafrage Steuergelder der Jüdischen Gemeinde nicht für Palästinazwecke Verwendung finden würden. Die Zionisten lehnten auch das ab und kündigten statt dessen sogar an, daß sie Anträge in einem der liberalen Auffassung entgegengesetzten Sinne stellen würden. Es wurde ferner von der liberalen Seite eine Sicherung dafür verlangt, daß in Zukunft bei Anstellung von Gemeindebeamten usw. nicht das Parteibuch, sondern die fachliche Eignung ausschlaggebend sei.

Als von der Jüdischen Volkspartei sachliche Bindungen jeder Art abgelehnt worden waren, wurde der Versuch unternommen, eine Vertagung der Wahl zunächst um ein Jahr zu beschließen. Über diesen Vorschlag besteht Einigkeit zwischen sämtlichen jüdischen Parteien, nur die Jüdische Volkspartei lehnte ihn ab.

Der Liberale Verein hat nunmehr in einem Brief, der der Volkspartei mitgeteilt worden ist, um nochmalige Stellungnahme gebeten, um dadurch doch noch einen Wahlkampf in der jetzigen Zeit zu vermeiden. Die entscheidenden Sätze dieses Briefes, der an die Mittelpartei z. H. des Herrn Prof. Dr. Sobernheim gerichtet ist, lauten:

„Mit lebhaftem Bedauern haben wir von dem ablehnenden Bescheid Kenntnis genommen, den die Jüdische Volkspartei Ihnen in der Frage einer Vertagung der bevorstehenden Repräsentanten- und Landesverbandswahlen erteilt hat.

Alle Parteien außer der Jüdischen Volkspartei waren bei den Verhandlungen der Auffassung, daß die wirtschaftliche Not und die politischen Gefahren des Augenblicks Veranlassung geben sollten, einen Wahlkampf in jetziger Zeit zu vermeiden. Alle Parteien außer der Volkspartei waren sich vollständig darüber einig, daß die Vertagung der Wahlen um ein Jahr der gebotene Ausweg sei.

Entsprechend dem Votum unserer Verhandlungsführer, die diese Ansicht bereits bei den Verhandlungen vertreten haben, hat unser Hauptvorstand beschlossen, für eine Vertagung auf ein Jahr einzutreten, obwohl es für uns bei den zur Zeit bestehenden Majoritätsverhältnissen begreiflicherweise ein schwerer Entschluß gewesen ist, für ein weiteres Jahr ohne sachliche Bindungen den status quo ante in der Jüdischen Gemeinde bestehen zu lassen. Stichhaltige Gründe für die Ablehnung sind aus der Erklärung der Jüdischen Volkspartei nicht ersichtlich.

Deshalb hoffen wir, daß die Jüdische Volkspartei gegenüber dem Wunsche zahlreicher Gemeindemitglieder bei ihrer Weigerung nicht beharren werde. Wir bitten Sie, Klarheit darüber zu schaffen, ob die Jüdische Volkspartei ihre Weigerung aufrecht erhält, und uns bis zum Donnerstag Abend, den 23. Oktober d. J., hierüber Mitteilung zukommen zu lassen.“

Darauf antwortete die „Jüdische Volkspartei“.

Die Veröffentlichung des Vorstandes des Liberalen Vereins versucht den Eindruck zu erwecken, als ob die Jüdische Volkspartei die von allen Parteien erstrebten Friedensverhandlungen zum Scheitern bringen wolle. Demgegenüber stellen wir mit aller Klarheit und Eindeutigkeit fest, daß das Gegenteil richtig ist. Der Standpunkt der Jüdischen Volkspartei geht aus unserer Antwort auf den Friedensappell der Berliner Gemeinderabbiner und aus unserer Zuschrift vom 20. d. M. an Herrn Prof. Sobernheim hervor, die im folgenden wörtlich wiedergegeben ist:

„Der Ausschuß der Jüdischen Volkspartei hat im Anschluß an die Sonnabend-Sitzung gestern sehr eingehend über die Frage der Verlängerung der Dauer der jetzigen Repräsentanz um ein Jahr, wie sie vorgeschlagen war, verhandelt. Wir sind aber nach sehr ernster und zu Kompromiß bereiter Beratung zu dem Resultat gekommen, daß die schematische Verlängerung, zumal um ein halbes

Jahr oder ein Jahr, wie am Sonnabend erörtert, die erwünschte und von allen Seiten gewollte Befriedigung der Gemeinde nicht zu bringen geeignet ist.

Wir legen den größten Wert darauf, zu erklären, daß wir mit dieser Stellungnahme keineswegs eine weitere Diskussion von Verständigungsmöglichkeiten ablehnen. Auch bei uns ist durchaus nach wie vor der Wille vorhanden, zur einer Befriedung der Gemeinde beizutragen.

Wir bitten nochmals, baldmöglichst eine neue Konferenz zur Beratung anderer Verständigungsmöglichkeiten einzuberufen, gestatten uns im übrigen zu bemerken, daß, wie wir hören, über das Ergebnis unserer Beratungen vom Sonnabend auch bereits morgen im Gemeindevorstand gesprochen werden wird.“

Diese Zuschrift ist von uns dem Vorsitzenden der Liberalen Fraktion rechtzeitig vor Abfassung der Erklärung des Liberalen Vereins mitgeteilt worden. Der Liberale Verein wußte also, daß die Jüdische Volkspartei durchaus zu weiteren Verhandlungen bereit ist und mit aller Kraft eine wirkliche Befriedung der Gemeinde herbeiführen will; trotzdem hat er seine irreführende Erklärung publiziert.

Die Jüdische Volkspartei lehnt gerade im Interesse einer wahrhaften Befriedung den Vorschlag der Mandatsverlängerung auf ein Jahr ab, weil diese Mandatsverlängerung nicht eine Vermeidung des Wahlkampfes, sondern in Wahrheit eine Verlängerung des Wahlkampfes um ein ganzes Jahr und der damit verbundenen Erregung der Gemeinde bedeutet.

Übrigens geht aus der Veröffentlichung des Liberalen Vereins selbst hervor, daß die Schwierigkeiten, die einer wahrhaften Befriedung im Wege stehen, durch das Vorgehen der Liberalen geschaffen worden sind. Nicht die Volkspartei hat Forderungen aufgestellt, deren Annahme vom Liberalen Verein verlangt worden ist, vielmehr verlangt umgekehrt der Liberale Verein von der Jüdischen Volkspartei die Entsagung von jeder positiven Arbeit und die Annahme liberaler Forderungen, die in ihrer Durchführung eine Aufhebung der bisherigen Aufbauleistungen bedeuten würden.

Wir sehen von der Berichtigung der anderen, aus wahltaktischen Agitationsbedürfnis der Liberalen Partei entspringenden Enttstellungen ab; wir bedauern aufrichtig, daß in einem Augenblick der Verhandlungen der Liberale Verein die unwahre und unerhörte Behauptung aufstellt, die Volkspartei habe bei der Anstellung von Gemeindebeamten nicht die fachliche Eignung, sondern das „Parteibuch“ als ausschlaggebend betrachtet. Die Volkspartei hält es unter ihrer Würde, eine derartige Behauptung zurückzuweisen; sie ist überzeugt, daß die jüdische Öffentlichkeit schon aus diesem offenbar wider besseres Wissen erhobenen Vorwurf ersehen wird, wer die wahren Friedensstörer sind. Der Liberale Verein wird aufgefordert, statt der allgemein gehaltenen Verdächtigung auch nur einen einzigen Fall anzuführen, in welchem der Parteizugehörigkeit die fachliche Eignung hintangesetzt wurde.

Die Veröffentlichung des Liberalen Vereins beweist nur, daß die Liberalen die in allgemeinen Wahlkämpfen übliche Methode anzuwenden bemüht sind, anderen die Verantwortung für das offensichtlich von ihnen gewünschte Scheitern der Verhandlungen zuzuschieben. Für diese Absicht spricht auch, daß der Liberale Verein seine Veröffentlichung vorgenommen hat, obwohl im Interesse einer Fortführung der Verhandlungen von allen Seiten, auch von den liberalen Teilnehmern an den Verhandlungen, absolute Vertraulichkeit gelobt und zugesichert war.

Die Jüdische Volkspartei erklärt sich, trotz dieses peinlichen Vorfalles und trotz der Gewißheit, daß der Kampf für sie günstige Resultate bringen würde, nach wie vor bereit, an wirklichen Befriedungsverhandlungen, d. h. an der Schaffung einer Einheitsliste, die der Gemeinde für die nächsten vier Jahre den Wahlkampf erspart, ihr eine verfassungsmäßige Vertretung gibt und die Demokratie sichert, gern mitzuarbeiten.

Am 24. d. M. haben nun die Liberalen dem Wahlkommissar der Berliner Jüdischen Gemeinde ihre Kandidatenliste für die Repräsentantenwahlen am 30. November überreicht. (Spitzenkandidaten der Liberalen sind Direktor Wilhelm Kleemann und R.-A. Heinrich Stern). Damit scheint der Wahlkampf für die Repräsentantenversammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde eröffnet zu sein.

Blumenfeld in Nürnberg

Der Zionistischen Ortsgruppe war es gelungen, den Präsidenten der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, Herrn Kurt Blumenfeld, zu einem Vortrag über das Thema: „Das Schicksal der deutschen Juden“ zu gewinnen. Herr Blumenfeld verstand es in seinem Vortrag, der am 23. Oktober im Saale der Landesgewerbeanstalt stattfand und eine große Anzahl Besucher angezogen hatte, dieses aktuelle Thema im Rahmen einer großangelegten soziologischen Studie über das deutsche Judentum, in eindrucksvollen Ausführungen und mit der gewohnten rhetorischen Meisterschaft dem Publikum nahe zu bringen.

Die Judenfeindschaft, so führte Herr Blumenfeld aus, ist zwar so alt wie das jüdische Volk, aber es verlohnt sich doch, gerade diesen Augenblick einer Würdigung zu unterziehen, der nicht nur rein äußerlich durch das Anwachsen antisemitischer Parteien eine neue Situation herbeigeführt hat.

Das grundsätzlich Neue der Situation in Deutschland liegt doch etwas tiefer. Die demokratisch liberale Ära, die Zeit des Freihandels und der individuellen Freiheit, die große Zeit des 19. Jahrhunderts ist endgültig vorbei, eine Zeit, die nicht nur rein wirtschaftlich gesehen für die Juden eine ungewöhnlich günstige Zeit gewesen ist; es war auch die Staatstheorie jener Zeit, die nur den Staat als Gesamtorganismus und daneben den einzelnen Bürger sah und die so zugleich auch politisch die Juden wieder emportrug: Sondergemeinschaften, Sonderorganisationen gab es in diesem Staatsbegriff nicht, der denn auch den Juden die Emanzipation nur dann vollständig geben konnte und wollte, wenn sie auf jede, auch die leiseste Form der Sonderorganisation Verzicht leisteten.

Heute haben Organisationen innerhalb des Staates eine neue Bedeutung gewonnen; auf allen Gebieten der Gesellschaft und Gemeinschaft erfolgen Zusammenschlüsse, naturnotwendig begleitet vom Ausschluß anderer. Heute ringt eine neue Welt in schweren Geburtswehen. Neue Zusammenhänge werden sichtbar, die neue Orientierung nimmt keine Rücksicht auf den individualistisch gerichteten Sinn der Juden, der immer

noch orientiert ist an jener Zeit, in der allgemein wirtschaftliches und jüdisches Interesse zusammenfielen; heute kreuzen sie sich. Bei dem Prozeß der Neugestaltung wurden die Juden ausgeschaltet. Und die Versuche der Wiedereinschaltung — etwa bei der jüdischen Hochfinanz mit Rechtsorientierung und Paktieren mit Hitler — müssen scheitern. Auch in diesen Kreisen schreitet, wie die Statistik beweist, die Ausschaltungstendenz fort. Alle Parteien distanzieren sich heute von den Juden, mögen sie sich auch früher um sie bemüht haben, heute scheut man sich und fühlt sich blamiert, wenn man öffentlich miteinander gesehen wird.

Nun ist die Frage: können die Juden dieser neuen Situation Rechnung tragen? Man versteht ganz gut, daß eine solche Neuorientierung, wie die Zionisten sie immer gepredigt haben, nicht leicht ist. Die Antwort kann keine vollbefriedigende sein. Sie könnte es nur dann, wenn der Organisationen der Nichtjuden Organisationen der Juden gleicher Art gegenüber zu stellen wären. Das ist unmöglich, heute noch mehr als früher, wo den Juden noch viel mehr die Möglichkeit genommen ist, den anderen als autonomes Gebilde mit normaler Schlichtung gegenüber zu treten. Auch die Parole der Berufsumschichtung ist — für Deutschland — verfehlt, in einem Augenblick, in dem die Juden aus allen Berufen hinausgedrängt werden und wo die Ausschaltungstendenzen in allen Berufen so groß sind.

So bleibt den Juden nichts anderes übrig, als sich selbst zu solidarisieren, sich auch ihrerseits zu organisieren. In der Tat eine Reaktion, die ganz von selbst begonnen hat. Was 1880 noch als unerhört galt, — daß ein besserer Jude Mitglied eines jüdischen Vereins wurde — findet man heute selbstverständlich. Die Juden sind, heute zeigt sich das deutlich, eine Schicksalsgemeinschaft, es wird das evident, was wir schon immer die objektive Judenfrage genannt haben. Alle Juden, gleichgültig immer, was sie über ihr Judentum denken, selbst die Getauften, sitzen vereint in einer jüdischen Welt, sind gezwungen die gleiche Luft zu atmen.

Was ist gegenüber der Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung zu tun? Man muß zur Selbsthilfe kommen, zu Mitteln greifen, wie Kreditkassen, Stellenvermittlung, Rechtsschutz und internationale jüdische Solidarität beweisen. Aber ein Radikalmittel gibt es nicht. All dies sind lediglich Palliativmittel, die auf die Dauer nicht befriedigen können, die nur dann einen Sinn haben, wenn man auf eine bessere Zeit hoffen könnte. Die Entwicklung in der ganzen Welt, gerade auch in Amerika, zeigt, wie trügerisch diese Hoffnung ist. So kann man sich damit nicht abfinden, kann sich vor allem ein Volk nicht abfinden; ein Volk sucht nach einem Ausweg, nach einer Antwort. Diese Antwort ist Palästina. Es ist geradezu ein Beispiel jener Hegelschen List der Idee, daß in einer Zeit der Aussichtslosigkeit diese einzige Möglichkeit einer Lösung der objektiven Judenfrage für das jüdische Volk gegeben ist. Denn, dieses Werk existiert nach einem dunkel und trostlosen Beginn, über Glücks- und Unglücksfälle politischer und wirtschaftlicher Art hinweg, und steht heute so fest, daß es ohne großen Schaden auch die Unruhen vom August 1929 ebenso wie die von 1920/21 überwinden konnte und daß es auch den schweren politischen Stoß der englischen Regierung überstehen wird. Und nur die Hoffnung auf dieses jüdische Palästina und die Mitarbeit an seinem Aufbau gibt der sonst so trostlosen jüdischen Gegenwart ihren Sinn.

Das jüdische Palästina hat all das erlitten, was allem echten Leben passiert. Die Juden freilich, haben sich das Jüdische immer als etwas Künstliches vorgestellt, etwas rein Ideales, so rein wie nur eine Sache sein kann, die man nie benützt. Nun, der Zionismus lebt und Palästina hat in den letzten zehn Jahren über 100 000 Juden aufgenommen, es ist heute ein Land der Früchte, der beginnenden Industrie, ein Land mit eigener Sprache und eigener Kultur. Was uns heute trifft, geschieht in einem anderen Palästina als dem von 1920. Auch das neue englische Weißbuch, es ist nicht mehr als eine Episode. Dieser politische Schlag, der zuletzt zurückzuführen ist auf die Revanche einer Verwaltung, die, ungewohnt mit den Schwierigkeiten einer besonderen Situation in Palästina zu rechnen, dagegen revoltierte und die Zensur der Mandatskommission nicht ertragen konnte. Dieser politische Schlag trifft uns zunächst nicht im entscheidenden Punkt. Wir haben für die nächsten Jahre Boden genug, um 6 bis 7000 Familien ansiedeln zu können und haben selbst nach dem Simpson-Bericht die Möglichkeit der Einwanderung von 20 000 Familien.

So hängt auch heute und heute erst recht, alles von unserer materiellen Kraft ab, so gilt es heute erst recht zu zeigen, wozu wir im Stande sind. Und so kann unsere Antwort nur lauten: „Aufruf zum Zionismus!"

H. W.-V.

Aus der jüdischen Welt

Eröffnung eines Mittelstandheimes des Jüdischen Frauenbundes in Berlin

B e r l i n, 27. Oktober. (JTA.) Am Sonntag, den 26. Oktober, wurde in Berlin-Grunewald das Olga-Stern-Haus des Jüdischen Frauenbundes, welches dank einer großzügigen Stiftung des Herrn Direktor J. Stern zum Andenken an seine verstorbene Gattin errichtet werden konnte, seiner Bestimmung übergeben. Die Eröffnungsfeier fand vor einer großen Zahl geladener Gäste statt und wurde von einer Ansprache des Herrn Direktor J. Stern eingeleitet, der nach einer kurzen Würdigung des Wirkens seiner verstorbenen Gattin den Mitgliedern des Jüdischen Frauenbundes für ihre hingebungsvolle Arbeit bei der Einrichtung des neuen Heims dankte. An die Feier, welche von musikalischen Darbietungen eingerahmt war, schloß sich ein Rundgang durch das von Herrn Architekten Heinrich Borchard mit außerordentlichem Geschick aus einer ehemaligen Privatvilla umgestaltete Haus. 30 Einzelzimmer, viele mit Balkons und Veranden, große Wohndiele, Speise- und Gesellschaftszimmer, alles ist hell, heiter und behaglich ausgestattet, die Wirtschaftsanlagen bis ins Kleinste praktisch durchdacht. Die Schönheit und Zweckmäßigkeit des Werkes erweckte allseitige Bewunderung.

Dr. Johannes Stanjek gestorben

B e r l i n, 27. Oktober. (JTA.) Dr. Johannes Stanjek, der langjährige Redakteur der „Mitteilungen des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus", ist in diesen Tagen im Alter von 67 Jahren verstorben. Stanjek, der ursprünglich katholische Theologie studiert hatte, wandte sich später der Journalistik zu, war bei der „Berliner Volkszeitung" tätig und kam dann als schriftstellerischer Leiter in den Verein zur Abwehr des Antisemitismus. Er galt als hervorragender Kenner der Geschichte und der Psyche der führenden Persönlichkeiten des Antisemitismus, er war es auch, der die berüchtigten „Protokolle der Weisen von Zion" als plumpen Schwindel entlarvt hatte.

Friedhofschändung in Leoben

W i e n, 27. Oktober. (JTA.) Wie die Chewra Kadischa aus Leoben berichtet, ist diese als ein Zentrum der Heimwehrbewegung bekannte obersteirische Industriestadt seit einigen Tagen der Schauplatz wüster Hakenkreuzexzesse. Nun haben die Exzesse in einer Friedhofsschändung ihre würdige Fortsetzung bekommen. In der Nacht vom 20. auf den 21. des Monats wurden die auf der Vorderseite der im Jahre 1929 eingeweihten neuen Zeremonienhalle in einer Höhe von vier Metern angebrachten hebräischen Metallbuchstaben entwendet. Die Leitung der Chevra Kadischa hat die Anzeige an die Polizei erstattet, die die notwendigen Erhebungen in die Wege geleitet hat.

Mathieu Dreyfus gestorben

P a r i s, 23. Oktober. (JTA.) Im Alter von 73 Jahren verstarb in Paris Mathieu Dreyfus, der Bruder des Obersten Alfred Dreyfus. In der Bewegung für die Rehabilitierung des wegen Landesverrats unschuldig verurteilten und nach der Teufelsinsel verbannten seinerzeitigen Hauptmanns Alfred Dreyfus war Mathieu Dreyfus die zentrale Kraft. Er war es, der zuerst auf den Major Esterhazy als den wirklichen Verfasser des fälschlich Dreyfus zugeschriebenen „bordereau", des eigentlichen corpus delicti gegen Dreyfus, hingewiesen hat. Er war es auch, der Persönlichkeiten wie Senator Scheurer-Kestner, Oberst Picquard, Emile Zola von der Unschuld seines Bruders überzeugt und so die Bewegung für die Rehabilitierung Dreyfus' eingeleitet hat.

Das Zionistische Aktions-Komitee tritt am 4. November in London zusammen

L o n d o n, 24. Oktober. (JTA.) Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, hat die Zionistische Exekutive nach einer Beratung mit Herrn Leo Motzkin, dem Präsidenten des zionistischen Aktions-Komitees, der eigens zu diesem Zwecke nach London berufen worden war, den Beschluß gefaßt, eine Sitzung des Aktions-Komitees für den 4. November nach London einzuberufen. Es besteht die Möglichkeit, daß im Falle einer starken Beschickung der Aktions-Komitee-Sitzung der für Februar einberufene Kongreß auf einen späteren Termin verlegt werden wird; dies im Hinblick auf den Widerstand, der sich in manchen Kreisen gegen die durch die Abhaltung eines Kongresses im Februar, in der Zeit der Winterkampagne des Keren Hajessod, geltend macht.

Weder Agudah noch Brith Schalom nehmen am Legislative Council teil

J e r u s a l e m, 24. Oktober. (JTA.) Der Führer der Agudas Jisroel Rabbi Blau erklärte, die Agudah werde die jüdische Einheitsfront nicht sprengen und sich, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, an den Wahlen zum Legislative Council nicht beteiligen.

Der Brith Schalom hat dem Waad Leumi formell bekanntgegeben, daß seine Mitglieder sich weder an der Wahl zum Legislative Council beteiligen, noch einer Berufung in diese Körperschaft Folge leisten werden.

Feuilleton

Die Lästerung

Von Josef R o t h

Im Gustav-Kiepenheuer-Verlag, Berlin, erschien soeben „H i o b", der Roman eines einfachen Mannes von Joseph R o t h, in dem ein alter jüdischer Stoff eine meisterliche moderne Darstellung gefunden hat. Mit Erlaubnis des Verlags geben wir ein ergreifendes Kapitel aus dem bedeutsamen Roman wieder, das Mendel Singer, den Hiob von heute, im tiefsten Unglück zeigt.

Sie verließen ihn. Mendel trat ans Fenster und sah zu, wie sie in den Wagen stiegen. Es schien ihm, daß er sie segnen müsse, wie Kinder, die einen sehr schweren oder einen sehr glücklichen Weg antreten. Ich werde sie nie mehr sehen — dachte er dann — ich werde sie auch nicht segnen. Mein Segen könnte ihnen zum Fluch werden, ihre Begegnung mit mir ein Nachteil. Er fühlte sich leicht, ja leichter als jemals in all seinen Jahren. Es fiel ihm ein, daß er schon seit Jahren einsam war. Einsam war er seit dem Augenblick gewesen, an dem die Lust zwischen seinem Weib und ihm aufgehört hatte. Allein war er, allein. Frau und Kinder waren um ihn gewesen und hatten ihn verhindert, seinen Schmerz zu tragen. Wie unnütze Pflaster, die nicht heilen, waren sie auf seinen Wunden gelegen und hatten sie nur verdeckt. Jetzt endlich genoß er sein Weh mit Triumph. Es galt nur noch eine Beziehung zu kündigen. Er machte sich an die Arbeit.

Er ging in die Küche, raffte Zeitungspapier und Kienspäne zusammen und machte ein Feuer auf der offenen Herdplatte. Als das Feuer eine ansehnliche Höhe und Weite erreichte, ging Mendel mit starken Schritten zum Schrank und entnahm ihm das rotsamtene Säckchen, in dem seine Gebetriemen lagen, sein Gebetmantel und seine Gebetbücher. Er stellte sich vor, wie diese Gegenstände brennen würden. Die Flammen werden den gelblich getönten Stoff des Mantels aus reiner Schafwolle ergreifen und mit spitzen, bläulichen, gefräßigen Zungen vernichten. Der glitzernde Rand aus silbernen Fäden wird langsam verkohlen, in kleinen rotglühenden Spiralen. Das Feuer wird die Blätter der Bücher sachte zusammenrollen, in silbergraue Asche verwandeln, und die schwarzen Buchstaben für ein paar Augenblicke blutig färben.

Die ledernen Ecken der Einbände werden emporgerollt, stellen sich auf, wie seltsame Ohren, mit denen die Bücher zuhören, was ihnen Mendel in den heißen Tod nachruft. Ein schreckliches Lied ruft er ihnen nach. „Aus, aus, aus ist es mit Mendel Singer!" — ruft er und mit den Stiefeln stampft er den Takt dazu, daß die Dielenbretter dröhnen und die Töpfe an der Wand zu klappern beginnen. „Er hat keinen Sohn, er hat keine Tochter, er hat kein Weib, er hat keine Heimat, er hat kein Geld. Gott sagt: ich habe Mendel Singer gestraft; wofür straft er, Gott? Warum nicht Lemmel, den Fleischer? Warum straft er nicht Skowronnek? Warum straft er nicht Menkes? Nur Mendel straft er! Mendel hat den Tod, Mendel hat den Wahnsinn, Mendel hat den Hunger, alle Gaben Gottes hat Mendel. Aus, aus, aus ist es mit Mendel Singer."

So stand Mendel vor dem offenen Feuer und stampfte mit den Füßen. Er hielt das rotsamtene Säckchen in den Armen, aber er warf es nicht hinein. Ein paarmal hob er es in die Höhe, aber seine Arme ließen es wieder sinken. Sein Herz war böse auf Gott, aber in seinen Muskeln wohnte noch die Furcht vor Gott. Fünfzig Jahr, Tag für

Tag, hatten diese Hände den Gebetmantel ausgebreitet und wieder zusammengefaltet, die Gebetriemen aufgerollt und um den Kopf geschlungen und um den linken Arm, dieses Gebetbuch aufgeschlagen, um und um geblättert und wieder zugeklappt. Nun weigerten sich die Hände, Mendels Zorn zu gehorchen. Nur der Mund, der so oft gebetet hatte, weigerte sich nicht. Nur die Füße, die so oft zu Ehren Gottes beim Halleluja gehüpft hatten, stampften den Takt zu Mendels Zorngesang.

Da die Nachbarn Mendel also schreien und poltern hörten und da sie den graublauen Rauch durch die Ritzen und Spalten seiner Tür in den Treppenflur dringen sahen, klopften sie bei Singer an und riefen, daß er ihnen öffne. Er aber hörte sie nicht. Seine Augen erfüllte der Dunst des Feuers und in seinen Ohren dröhnte sein großer schmerzlicher Jubel.

Schon waren die Nachbarn bereit, die Polizei zu holen, als einer von ihnen sagte: „Rufen wir doch seine Freunde! Sie sitzen bei Skowronnek. Vielleicht bringen sie den Armen wieder zur Vernunft.“ Als die Freunde kamen, beruhigte sich Mendel wirklich. Er schob den Riegel zurück und ließ sie eintreten, der Reihe nach, wie sie immer gewohnt waren, in Mendels Stube zu treten, Menkes, Skowronnek, Rottenberg und Groschel. Sie zwangen Mendel, sich aufs Bett zu setzen, setzten sich selbst neben ihn und vor ihn hin, und Menkes sagte: „Was ist mit dir, Mendel? Warum machst du Feuer, warum willst du das Haus anzünden?“

„Ich will mehr verbrennen, als nur ein Haus und mehr als einen Menschen, Ihr werdet staunen, wenn ich euch sage, was ich wirklich zu verbrennen im Sinne hatte. Ihr werdet staunen und sagen: auch Mendel ist verrückt, wie seine Tochter. Aber ich versichere euch: ich bin nicht verrückt. Ich war verrückt. Mehr als sechzig Jahre war ich verrückt, heute bin ich es nicht.“

„Also, sag uns, was du verbrennen willst?“

„Gott will ich verbrennen.“

Allen vier Zuhörern entrang sich gleichzeitig ein Schrei. Sie waren nicht alle fromm und gottesfürchtig, wie Mendel immer gewesen war. Alle vier lebten schon lange genug in Amerika, sie arbeiteten am Sabbat, ihr Sinn stand nach Geld, und der Staub der Welt lag schon dicht, hoch und grau auf ihrem alten Glauben. Viele Bräuche hatten sie vergessen, gegen manche Gesetze hatten sie verstoßen, mit ihren Köpfen und Gliedern hatten sie gesündigt. Aber Gott wohnte noch in ihren Herzen. Und als Mendel Gott lästerte, war es ihnen, als hätte er mit scharfen Fingern an ihre nackten Herzen gegriffen.

„Lästere nicht, Mendel“ — sagte nach einem längeren Schweigen Skowronnek.

„Du weißt es besser als ich, denn du hast viel mehr gelernt, daß Gottes Schläge einen verborgenen Sinn haben. Wir wissen nicht, wofür wir gestraft werden.“

„Ich aber weiß es, Skowronnek“, erwidert Mendel. „Gott ist grausam, und je mehr man ihm gehorcht, desto strenger geht er mit uns um. Er ist mächtiger als die Mächtigen, mit dem Nagel seines kleinen Fingers kann er ihnen den Garaus machen, aber er tut es nicht. Nur die Schwachen vernichtet er gerne. Die Schwäche eines Menschen reizt seine Stärke, und der Gehorsam weckt seinen Zorn. Er ist ein großer grausamer Isprawnik. Befolgst du die Gesetze, so sagt er, du habest sie nur zu deinem Vorteil befolgt, und verstößt du nur gegen ein einziges Gebot, so verfolgt er dich mit hundert Strafen. Willst du ihn bestechen, so macht er dir einen Prozeß. Und gehst du redlich mit ihm um, so lauert er auf die Bestechung. In ganz Rußland gibt es keinen böseren Isprawnik!“

„Erinnere dich, Mendel“ — begann Rottenberg, „erinnere dich an Hiob“, ihm ist ähnliches geschehen wie dir. Er saß auf der nackten Erde, Asche auf dem Haupt, und seine Wunden taten ihm so weh, daß er sich wie ein Tier auf dem Boden wälzte. Auch er lästerte Gott. Und doch war es nur eine Prüfung gewesen. Was wissen wir, Mendel, was oben vorgeht? Vielleicht kam der Böse vor Gott und sagte, wie damals: Man muß einen Gerechten verführen. Und der Herr sagte: Versuch es nur mit Mendel, meinem Knecht.“

„Und da siehst du auch“ — fiel Groschel ein — „daß dein Vorwurf ungerecht ist. Denn Hiob war kein Schwacher, als Gott ihn zu prüfen begann, sondern ein Mächtiger. Und auch du warst kein Schwacher, Mendel! Dein Sohn hatte ein Kaufhaus, ein Warenhaus, er wurde reicher von Jahr zu Jahr. Sein Sohn Menuchim wurde beinahe gesund, und fast wäre er auch nach Amerika gekommen. Du warst gesund, dein Weib war gesünder, seine Tochter war schön, und bald hättest du einen Mann für sie gefunden?“

„Warum zerreißt du mir das Herz, Groschel?“ entgegnete Mendel. „Warum zählst du mir auf, was alles gewesen ist, jetzt, da nichts mehr ist? Meine Wunden sind noch nicht vernarbt, und schon reißt du sie auf.“

„Er hat recht“, sagten die übrigen drei wie aus einem Munde.

Und Rottenberg begann: „Dein Herz ist zerrissen, Mendel, ich weiß es. Weil wir aber über alles mit dir sprechen dürfen und weil du weißt, daß wir deine Schmerzen tragen, als wären wir deine Brüder, wirst du uns da zürnen, wenn ich dich bitte, an Menuchim zu denken? Vielleicht, lieber Mendel, hast du Gottes Pläne zu stören versucht, weil du Menuchim zurückgelassen hast? Ein kranker Sohn war dir beschieden, und ihr habt getan, als wäre es ein böser Sohn.“

Es wurde still. Lange antwortete Mendel gar nichts. Als er wieder zu reden anfing, war es, als hätte er Rottenbergs Worte nicht gehört, denn er wandte sich an Groschel und sagte:

„Und was willst du mit dem Beispiel Hiobs? Habt Ihr schon wirkliche Wunder gesehen, mit Euren Augen? Wunder, wie sie am Schluß von Hiob berichtet werden? Soll mein Sohn Schemarjah aus dem Massengrab in Frankreich auferstehn? Soll mein Sohn Jonas aus seiner Verschollenheit lebendig werden? Soll meine Tochter Mirjam plötzlich gesund aus der Irrenanstalt heimkehren? Und wenn sie heimkehrt, wird sie da noch einen Mann finden und ruhig weiterleben können, wie eine, die niemals verrückt gewesen ist? Soll mein Weib Deborah sich aus dem Grab erheben, noch ist es feucht? Soll mein Sohn Menuchim mitten im Krieg aus Rußland hierherkommen, gesetzt den Fall, daß er noch lebt? Denn es ist nicht richtig“, und hier wandte sich Mendel wieder Rottenberg zu, „daß ich Menuchim böswillig zurückgelassen habe und um ihn zu strafen. Aus anderen Gründen, meiner Tochter wegen, die angefangen hatte, sich mit Kosaken abzugeben — mit Kosaken! — mußten wir fort. Und warum war Menuchim krank? Schon seine Krankheit war ein Zeichen, daß Gott mir zürnt — und der erste der Schläge, die ich nicht verdient habe.“

„Obwohl Gott alles kann“, begann der Bedächtigste von allen, Menkes, „so ist doch anzunehmen, daß er die ganz großen Wunder nicht mehr tut, weil die Welt ihrer nicht mehr wert ist. Und wollte Gott sogar bei Dir eine Ausnahme machen, so stün-

den dem die Sünden der andern entgegen. Denn die andern sind nicht würdig, ein Wunder bei einem Gerechten zu sehen, und deshalb mußte Loth auswandern, und Sodom und Gomorrah gingen zugrunde und sahen nicht das Wunder an Loth. Heute aber ist die Welt überall bewohnt — und selbst, wenn Du auswanderst, werden die Zeitungen berichten, was mit Dir geschehen ist. Also muß Gott heutzutage nur mäßige Wunder vollbringen. Aber sie sind groß genug, gelobt sei sein Name! Deine Frau Deborah kann nicht lebendig werden, Dein Sohn Schemarjah kann nicht lebendig werden. Aber Menuchim lebt wahrscheinlich, und nach dem Krieg kannst Du ihn sehen. Dein Sohn Jonas ist vielleicht in Kriegsgefangenschaft, und nach dem Krieg kannst Du ihn sehen. Deine Tochter kann gesund werden, die Verwirrung wird von ihr genommen werden, schöner kann sie sein als zuvor, und einen Mann wird sie bekommen und sie wird Dir Enkel gebären. Und einen Enkel hast Du, den Sohn Schemarjahs. Nimm Deine Liebe zusammen, die Du bis jetzt für alle Kinder hattest, für diesen einen Enkel! Und Du wirst getröstet werden.“

„Zwischen mir und meinem Enkel,“ erwidert Mendel, „ist das Band zerrissen, denn Schemarjah ist tot, mein Sohn und der Vater meines Enkels. Meine Schwiegertochter Vega wird einen anderen Mann heiraten, mein Enkel wird einen neuen Vater haben, dessen Vater ich nicht bin. Das Haus meines Sohnes ist nicht mein Haus. Ich habe dort nichts zu suchen. Meine Anwesenheit bringt Unglück, und meine Liebe zieht den Fluch herab, wie ein einsamer Baum im flachen Felde den Blitz. Was aber Mirjam betrifft, so hat mir der Doktor selbst gesagt, daß die Medizin ihre Krankheit nicht heilen kann. Jonas ist wahrscheinlich gestorben, und Menuchim war krank, auch wenn es ihm besser ging. Mitten in Rußland, in einem so gefährlichen Krieg, wird er bestimmt zugrunde gegangen sein. Nein, meine Freunde! Ich bin allein und will allein sein. Alle Jahre habe ich Gott geliebt, und er hat mich gehaßt. Alle Jahre hab ich ihn gefürchtet, jetzt kann er mir nichts mehr machen. Alle Pfeiler aus seinem Köcher haben mich schon getroffen. Er kann mich nur noch töten. Aber dazu ist er zu grausam. Ich werde leben, leben, leben.“

„Aber seine Macht“ wandte Groschel ein, „ist in dieser Welt und in der anderen. Wehe Dir, Mendel, wenn Du tot bist!“

Da lachte Mendel aus voller Brust und sagte: „Ich habe keine Angst vor der Hölle, meine Haut ist schon verbrannt, meine Glieder sind schon gelähmt, und die bösen Geister sind meine Freunde. Alle Qualen der Hölle habe ich schon gelitten. Gütiger als Gott ist der Teufel. Da er nicht so mächtig ist, kann er nicht so grausam sein. Ich habe keine Angst, meine Freunde!“

Da verstummten die Freunde. Aber sie wollten Mendel nicht allein lassen und also blieben sie schweigend sitzen. Groschel, der jüngste, ging hinunter, die Frauen der anderen und seine eigene zu verständigen, daß die Männer heute abend nicht nach Hause kommen würden. Er holte noch fünf Juden in Mendel Singers Wohnung, damit sie zehn seien und das Abendgebet sagen können. Sie begannen zu beten. Aber Mendel Singer beteiligte sich nicht am Gebet. Er saß auf dem Bett und rührte sich nicht. Selbst das Totengebet sagte er nicht — und Menkes sagte es für ihn. Die fremden fünf Männer verließen das Haus. Aber die vier Freunde blieben die ganze Nacht. Eine der beiden blauen Lampen brannte noch mit dem letzten Tropfen Öl auf dem flachen Grunde. Es war still. Der und jener schlief auf seinem Sitz ein, schnarchte und erwachte, von seinen eigenen Geräuschen gestört; und nickte wieder ein.

Nur Mendel schlief nicht. Die Augen weit offen, sah er auf das Fenster, hinter dem die dichte Schwärze der Nacht endlich schütter zu werden begann, dann grau, dann weißlich. Sechs Schläge erklangen aus dem Innern der Uhr. Da erwachten die Freunde, einer nach dem anderen. Und ohne, daß sie sich verabredet hätten, ergriffen sie Mendel bei den Armen und führten ihn hinunter. Sie brachten ihn in die Hinterstube der Skowronneks und betteten ihn auf ein Sopha.

Hier schlief er ein.

Gemeinden- und Vereins-Echo

München. In der Sitzung der gemeindlichen Körperschaften vom 29. X. wurde mit Einstimmigkeit eine Verlängerung der Amtszeit der gegenwärtig fungierenden Körperschaften um ein Jahr, bis zum 1. IV. 1931, beschlossen, so daß die für den Februar 1932 angesetzten Gemeindewahlen entfallen. (Im Verband sind Verhandlungen im Gange, die zu einem gleichartigen Beschluß führen sollen.) Ferner wurde gegen 2 Stimmen der Gemeindevertretung und 3 des Vorstands einem Antrag der orthodoxen Fraktion stattgegeben, dem Verein Ohel Jakob eine Nachbewilligung von 5580 RM. zu gewähren und Klarheit darüber geschaffen, daß im nächsten Etat für die Bedürfnisse des Vereins Ohel Jakob ein Betrag von höchstens 15 000 RM. bewilligt werden wird.

(Bericht folgt in der nächsten Nummer.)

Lehrkurse der Israelitischen Kultusgemeinde Winter 1930

Programm:

I. Rabbiner Dr. Ehrentreu: „Entstehung und Entwicklung der hebräischen Schriftzeichen (mit einigen Lichtbildern)“. Dienstag, den 25. November, 2. Dezember, 9. Dezember 1930. 20.30—21.30 Uhr.

II. Dr. Raphael Straus: „Der Nationalismus der Völker und die Juden“. Mittwoch 5. und 19. November 1930. 21.15—22 Uhr.

III. Rabbiner Dr. Leo Baerwald: „Die Psalmen“. Mittwoch, 26. November, 3. und 10. Dezember 1930. 20—21 Uhr.

IV. Arbeitsgemeinschaft über die Psalmen im Anschluß an die Vortragsreihe III. Erwünscht sind einige Kenntnisse im Hebräischen. Mittwoch, 26. November, 3. und 10. Dezember. 21—22 Uhr.

Alle Kurse finden im Bibliotheksaal, Herzog-Max-Straße 7, statt. Eintritt für die Kurse I—III je 50 Rpf. für jede Vortragsreihe. Jugendliche frei.

Hebräischer Klub München. Mittwoch, den 5. November, abends 8.30 Uhr, wird der hebräische Klub im Raum der hebräischen Sprachkurse eröffnet. Alle Freunde der hebräischen Sprache und Kultur sind herzlichst eingeladen.

Programm:

I. Aussprache über die Bedeutung der hebräischen Sprache für die Juden in der Diaspora.

II. Vortrag: „Entstehung und Wesen der hebräisch-spanischen Poesie“. Referent: Dr. A. Percikowitsch.

Hebräische Sprachkurse München

Der neue Stundenplan:

Mo	7.15—8.15 Kurs II	8.15—10 Uhr Bibel-arbeits-gemeinschaft	—	—
Di	5—6 Uhr Kinder-Kurs I	7.30—9 Uhr Kurs V	9—10 Uhr Kurs I	—
Mi	4—5.15 Uhr Kinderkurs III	5.15—6 15 Kinderkurs II	7.15—8.15 Kurs III/IV	—
Do	7.15—8.15 Kurs II	8.15—9.15 Grammatik-kurs	9.15—10.15 Kurs I	—
Sa	6—7.30 Uhr Anfänger-kurs	—	—	—

Sämtliche Kurse finden nachmittags und abends statt.

Jüdischer Jugendverein München

I. Donnerstagabende: Lessingsaal. Beginn: 20.30 Uhr. Nach eingehender Erörterung der wirtschaftlichen Grundfragen der Gegenwart, wenden wir uns dem Hauptthema unserer Winterarbeit zu: „Die Lage der einzelnen Berufsschichten für den Juden“. Am ersten Abend, 6. November, spricht Herr Justin Lichtenauer über: „Der selbständige Kaufmann“, am 13. November, Herr Alfred Obermayer über: „Der Angestellte“.

II. Freitagabendfeier, regelmäßig im Jugendheim, Lessingstraße 1. Beginn: 20.30 Uhr.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez, München. Samstag, den 1. November 1930, 21 Uhr, findet im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, unser zweiter Klubabend statt.

Voranzeige: Samstag den 8. November: Vortrag: „Dostojewski und die Juden“.

Der Jüdische Kulturverein J. L. Perez, München, hält unter Leitung des Herrn Josef Löwy einen jiddischen Sprach- und Literaturkurs ab. Es ist Gelegenheit geboten, die jiddische Sprache in Wort und Schrift zu erlernen und in die moderne Literaturgeschichte eingeführt zu werden. Wir erwarten eine rege Beteiligung, da besonders der Literaturkurs sehr interessant zu werden verspricht. Der Kurs beginnt am Montag, dem 3. November, 20.30 Uhr, im Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße 3, und ist auch für Nichtmitglieder unentgeltlich. Anmeldungen erbeten an Fräulein Jenny Zuckerberg, Rumfordstraße 40/I oder am ersten Kursabend im Jugendheim.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez. Anläßlich unseres ersten Klubabends am Samstag, dem 25. Oktober, referierte Herr Prof. Dr. Schuhmann (Rom) über das Thema: „Die Juden in Italien“. Prof. Dr. Schuhmann, dessen Spezialgebiet die jüdische Geschichtsforschuung in Italien ist, brachte in kurzen Umrissen Einzelheiten von den Anfängen jüdischer Niederlassungen bis zur Jetztzeit.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 4

vom 21. bis 28. Oktober 1930

Rosch-Haschanah-Spenden: gesammelt durch Siegfried Gidalewitsch: NN. 3.—; gesammelt durch Herrn Schulz: J. Kleinhaus 1.—; Zeilberger 1.— = 5.—.

Büchsen, geleert durch Frl. Lilly Spinner: Dr. M. J. Gutmann 7.95; E. Amanyi 6,55; B. Friedmann 5.50; NN. 5.—; M. Bledy 2.—; Reiß 2.—; H, Puschzewoi 1.45; Frau J. Hirsch 2.—; Ar. Kohn 1.34; Dr. E. Kretschmer 1.27; F. Rothschild 1.—; D. Spinner 1.—; S. Amanyi 1.01; Gustav Sachs 8.10; Rest. Weiß 5.—; Rabinowitz 3.50; M. Pistiner 2.50; B. Löwenstein 2.25; E. Löwenherz 2.—; Frau Falkenstein 1.20; NN. —.62; Frau Ida Gutmann 11.50; Dr. J. L. Frisch 7.86; Dir. M, Apfel 5,50; Is. Sturm 3.50; L. Herbst 3.—; S. Orljansky 2.96; D. Horn 2.—; Jul. Fröhlich 1.75; Frau Hirschberger 1.50; A. Durst 1.53; Dr. B. Weiß 1.40; Dr, Robert Beer 1.—; Geschw. Straus —.35; Markus Eisen 8.66 = 116.75. Summa: 121.75.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930: 912.28 RM.

Benützt bei allen Anlässen die Telegramm-Ablösungsformulare des Jüdischen Nationalfonds. Preis 50 Rpf. Erhältlich im Büro des J.N.F., Herzog-Rudolf-Straße 1.

Spendenausweis des Nürnberger Büros

vom 24. Oktober 1930

Spendenbuch: Hochzeit Klein-Leiter durch Herrn Dr. Frei 20.—; Frau Julianne Weil anläßlich des Todestages ihres Gatten 10.—; Herr und Frau Adolf Reif anläßlich Verlobung ihrer Nichte 5.—.

Roschhaschanahspenden. Durch Herrn und Frau Dr. Dankwerth: Ullmann & Senk, Kurt Goldschmidt, Isi Gundelfinger, Weinstock, Oskar und Erich Stock, Adolf Heilbrunn je 10.—; Dr. Frankenstein, Gustav Löb, NN. je 5.—; Sepp Kraus 5.—; Dr. Hausmann 2.—; Rudolf Lager 1.— = 83.—.

Durch Frau Dr. Lorch, 1. Rate 10.—.

Durch Frau Dr. Landauer: (Dr. Esther Landauer, Helene Bloch je 3.—) = 6.—.

Durch Leni Heinemann von Sal. Heinemann 3.—. Summa 137.—.

Seit 1. Oktober aufgebracht: 292.— RM.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.